

PROJEKT DER ÖKUMENISCHEN BEGLEITUNG FÜR TOGO

Informationsbrief des PAOET zu Togo

Leitgedanken

Die Monate Juli und August haben, im Gegensatz zum Monat Juni, eine Beruhigung auf dem sozialen Sektor gebracht. In der Politik ging es jedoch lebhafter zu. Die beiden letzten Monate waren vor allem geprägt vom Wiederbeginn der Kurse an der Universität von Lomé, von der Preiserhöhung für Öl und Ölprodukte, aber auch von der Wiederaufnahme der Gespräche innerhalb der Klasse/Schicht und dem Prozess um Kpatcha Gnassingbé.

Wiederbeginn der Kurse an der Universität von Lomé

Das Abkommen zwischen der Studentenbewegung und den Vertretern der Regierung und vor allem die am 1. Juli erfolgte Aufhebung des Ausschlusses von Herrn Séidou Adou, dem Vorsitzenden der Bewegung für die freie Entfaltung der Studenten (MEET), haben die Ruhe auf dem Campus wiederhergestellt. Die Kurse haben also am 11. Juli an der Universität von Lomé wieder begonnen und die Semesterabschlussklausuren sind in der zweiten Julihälfte normal durchgeführt worden. Trotz der Anfang August erfolgten vollständigen Aufhebung des Ausschlusses von Séidou Adou ist zu befürchten, dass die Protestbewegung zu Beginn des neuen Semesters Anfang Oktober/November wieder aufflammt, wenn die von der Regierung versprochenen Infrastrukturverbesserungen und die anderen Maßnahmen nicht in die Tat umgesetzt werden.

Erhöhung der Preise für Ölprodukte

Die Regierung Togos hat am 14. Juli 2011 innerhalb von 6 Wochen die zweite Preiserhöhung für Benzin und Diesel an den Tankstellen vorgenommen. Diese Maßnahme ist, so der Wirtschaftsminister Togos, durch die Erhöhung des Preises für ein Barrel auf dem Weltmarkt gerechtfertigt. Sie erfolgt jedoch zu einer Zeit, in der die Bewohner des Landes kaum ihr Auskommen haben, da die Kaufkraft abgenommen hat und das Leben teuer geworden ist.

Als Reaktion auf diese Preiserhöhung haben die Arbeiter der Gewerkschaft: Holz und Bau (FTBC), sowie diejenigen der Transportgewerkschaft (FESTYRAT) zu einem Streik für den 28. und 29. Juli aufgerufen. Die vorgesehenen Demonstrationen unter Beteiligung der Nationalen Allianz für Erneuerung (ANC), der Republikanischen Front für Änderung und Erneuerung (FRAC), des Komitees für Aufbruch (CAR) und anderer Organisationen, wie der Front Sage (für die Erhaltung der demokratischen Rechte und für eine effiziente Regierung), sind letztendlich vom Organisator abgesagt worden. Der Grund dafür sind die mit der Regierung geführten Gespräche und das Versprechen, ab Anfang Oktober 2011 eine neue Preisstruktur einzuführen.

Die Affäre um den kontaminierten Reis

Die Affäre um den « kontaminierten Reis » hat die togoischen Konsumenten im August beunruhigt. Nach Informationen vom 17. August aus der lokalen privaten Zeitung „L'Indépendant Express“, soll einige Tage vorher eine große Menge toxischer Reis von „Elisée Cotrane“ (einer Gesellschaft, die von einer Geschäftsfrau in Togo geführt wird) importiert und im Hafen (mit Selbstverwaltung) von Lomé abgeladen worden sein. Es soll sich um losen Reis handeln (loser Reis entsprechend 190 000 Säcken à 50 kg), dessen Oberfläche von einem für Menschen giftigen Desinfektionsmittel bedeckt war. Die Angelegenheit nimmt später eine andere Wendung. Die verantwortliche Geschäftsfrau lässt die Zeitung „L'Indépendant Express“ wegen Verbreitung von Falschmeldungen und Beleidigung vor Gericht laden.

Der durch die Affäre hervorgerufene Wirbel veranlasst den Handelsminister Lebensmitteluntersuchungen anzuordnen. Infolge dieser Untersuchungen wird ein Kommuniqué veröffentlicht das bestätigt, dass ein Teil der Ladung tatsächlich von einem nicht zum Verzehr geeigneten Mittel gegen Schäden durch Tiere im Schiffsladeraum verunreinigt war. Die Öffentlichkeit wird jedoch damit beruhigt, dass der belastete Teil gereinigt und vernichtet worden sei. Es gelingt dem Minister aber nicht, die Öffentlichkeit zufrieden zu stellen, denn es heißt, die Geschäftsfrau stünde dem Regierungschef nahe. Schließlich akzeptiert die Regierung den Vorschlag der Vereinigung der Konsumenten Togos (ATC), eine Kommission mit einer Expertise zu beauftragen. Diese soll unter der Aufsicht der Nationalen Kommission für Menschenrechte (CNDH) und unter Beteiligung der staatlichen Stellen für Lebensmittelsicherheit und landwirtschaftliche Forschung verfasst werden. Die Bevölkerung hat diese Entscheidung mit Erleichterung und Zufriedenheit aufgenommen.

Wiederaufnahme des Dialogs Oppositionsmehrheit: die Regierung wird um Antworten gebeten

Zwei westliche Diplomaten befragen die Regierung im Monat Juli über die Entwicklung des Dialogs über noch nicht abgeschlossene politische Reformen, der Ende 2010 vom Staatschef versprochen worden war. Frau Patricia Hawkins, Botschafterin der USA und Herr Dominique Rénaux, Botschafter Frankreichs, nehmen die jeweiligen Nationalfeiertage zum Anlass, die Regierung aufzufordern offene und konstruktive Gespräche aufzunehmen. Es sollen darin einvernehmliche Lösungen für die neuralgischen Punkte bei der Umsetzung der Klauseln des Globalen Politischen Abkommens (APG) vom August 2006, die die institutionellen und konstitutionellen Reformen betreffen, gefunden werden. Die amerikanische Diplomatie verurteilt besonders die Korruption und die Verletzung der Menschenrechte, sowie den Mangel an Organisation und Ideen bei der Opposition. Der französische Botschafter ruft in Erinnerung, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten Wert darauf legen, dass die Empfehlungen der Beobachteraufgaben von 2007 und 2010 umgesetzt werden und ein Klima des Vertrauens für die kommenden legislativen und kommunalen Wahlen entsteht.

Diese Einmischung hat unterschiedliche Reaktionen in der politischen Klasse Togos hervorgerufen. Die Regierung Togos hat anlässlich eines Ministerrates ein Kommuniqué veröffentlicht, das die „bevorstehende“ Eröffnung eines Dialogs über noch unerledigte institutionelle und konstitutionelle Reformen in einem erneuerten Rahmen von Dialog und Übereinstimmung (CPDG) ankündigt. Die Oppositionsparteien haben sich zufrieden über die an die Regierung ergangene Aufforderung der Diplomaten geäußert. Die Kritik der USA-Botschafterin an der Opposition und an der Organisation der Wahlen 2010 ist jedoch auf Unverständnis gestoßen. Was die Wiederaufnahme des politischen Dialogs angeht, so haben sich alle Oppositionsparteien (einschließlich der CAR und der ANC) bereit erklärt, daran teilzunehmen, sogar obwohl sie sagen, dass sie an der Aufrichtigkeit des Regimes zweifeln und dass sie Garantien dafür verlangen, dass die abgesprochenen Maßnahmen auch durchgeführt werden. Der ANC hat besondere Bedingungen gestellt (dass seine ausgeschlossenen Abgeordneten wieder integriert werden müssen).

Die Affäre Kpatcha Gnassingbé

Die Affäre um den versuchten Staatsstreich von Kpatcha Gnassingbé vom 15. April 2009, der etwa 30 Personen ins Gefängnis gebracht hat, hat am vergangenen 25. Juli eine neue Wendung genommen. Herr Assani Tidjani, ehemaliger Verteidigungsminister und Stabschef der togoischen Armee ist beschuldigt worden, Informationen in die Akte eingefügt zu haben. General Tidjani wird verdächtigt, ein Komplize von Kpatcha Gnassingbé zu sein, der ohne Prozess wegen Verschwörung gegen die Staatssicherheit festgehalten wird. Infolge seines Einspruchs hat der Staatsanwalt Atara M'dakena am 29. Juli die Akte geschlossen und die bevorstehende Verweisung der Angelegenheit an das Gericht angekündigt. Gerüchte, die von der privaten Presse verlautbaren, besagen, dass der Prozess Anfang September stattfinden soll. Diese Angelegenheit ist von großer Bedeutung, da 32 Personen verurteilt werden sollen, von denen 22 dem Militär und Paramilitär angehören und 10 Zivilisten sind. Unter den Angeklagten befinden sich 5 höhere Offiziere, 3 Offiziere, 10 Unteroffiziere und

drei Soldaten der togoischen Armee und vor allem zwei Halbbrüder und drei Cousins von Faure Gnassingbé, dem Staatschef Togos.

Todesdrohungen gegen kritische Journalisten

In den Monaten Juli und August ist die private Presse Togos durch Meldungen beunruhigt worden, nach denen es Todesdrohungen an Journalisten gegeben habe, die sich dem Regime und der nationalen Nachrichtenagentur (ANR) gegenüber kritisch geäußert haben. Das alles ist zurückzuführen auf anhaltende Gerüchte, die auf eine Indiskretion eines angeblichen Informanten der ANR zurückgehen. Auf dieser Grundlage hat die Vereinigung „SOS, Journalisten in Gefahr“ eine Reihe von Demonstrationen, wie Kommunikés, eine Pressekonferenz und einen Protestmarsch organisiert, um den Plan « der Beseitigung » der ANR und ihres Chefs Colonel Massina anzuprangern und die nationale und internationale Öffentlichkeit über die Gefahr zu informieren, die einigen privaten Journalisten droht. Dazu muss man sagen, dass die ANR bereits mehrmals angeprangert wurde, als illegaler Ort dazu zu dienen, Beschuldigte, die des Betrugs und eines Komplotts gegen die Staatsicherheit angeklagt wurden, in Erwartung ihres Prozesses festzuhalten.

Die Organisationen zur Verteidigung der Menschenrechte und die in Togo und im Ausland bestehenden Journalistenverbände haben die Angelegenheit aufgegriffen und von der Regierung Aufklärung und einen besonderen Schutz für die „bedrohten“ Journalisten verlangt. Die Regierung hat mit einem vom Innenminister unterzeichneten Kommuniké vom 4. August geantwortet. Demnach sind die Todesandrohungen erfunden. Sie haben keine andere Funktion, als den ANR in Verruf zu bringen. Diese Erklärung der Regierung hat die Journalisten und Verteidiger der Menschenrechte offensichtlich nicht überzeugt, denn sie haben am 6. August einen Protestmarsch organisiert, der behindert worden ist. Seither ist nichts Nennenswertes passiert. Die Mitglieder von « SOS Journalisten in Gefahr » bleiben aber auf der Hut.

Gibt es eine Entwicklung einer unabhängigen Justiz in Togo?

Sollte die Justiz Togos bereits unabhängig geworden sein? Etwas Besseres könnte man sich nicht wünschen. Mit Erstaunen haben die Bürger Togos am 25. August zur Kenntnis genommen, dass Essoham Sama freigelassen wurde. Essoham Sama ist Generaldirektor der « ReDémaRe », einer Einrichtung, die Mikrokredite und Unterstützungen vergibt, die jedoch 2010 vom Staat aufgelöst wurde, da ihr Betrug an der Bevölkerung zur Last gelegt wurde. Das Erstaunen in der Bevölkerung war sehr groß, weil Herr Sama vom Obersten Gerichtshof gegen die Empfehlung des Staatsanwalts für unschuldig erklärt und freigesprochen wurde. Der Oberste Gerichtshof hat in seinem Urteil festgestellt, dass die Unschuldsvermutung gegenüber dem Angeklagten nicht beachtet worden ist und dass die Anklage wegen Betrugs nicht aufrechterhalten werden kann, da kein Klient der „ReDémaRe“ bei der Justiz in Togo Klage gegen ihn eingereicht hat.

Herr Sama ist 2010 verhaftet worden und hat ein Jahr lang in Lomé im Zivilgefängnis gesessen, ohne dass er verurteilt worden wäre. Seine Verhaftung hat so viel Aufsehen erregt, weil seine Institution dazu beigetragen hat, das tägliche Leben vieler Bürger Togos, die wegen eines undurchschaubaren Kreditsystems für Geld und Waren in Not geraten sind, in bessere Bahnen zu lenken. Die Regierung hat ihn angeklagt, eine Firma nach dem Modell Pongi gegründet zu haben (siehe die Affäre Bernard Mardoff vom Dezember 2008 in den USA). Diese Firma lief Gefahr Pleite zu machen, was den Verlust von Millionen Francs für die Kunden bedeutet hätte. Die Firma wurde von der Regierung aufgelöst und ein Teil des Kapitals an die Mitglieder verteilt, die dies wünschten; andere Mitglieder haben dies abgelehnt.

Eine Studie, die kürzlich von herausragenden Wirtschaftswissenschaftlern Togos in der örtlichen Presse veröffentlicht wurde, zeigt, dass die Firma von Herrn Sama nicht nur nicht nach dem Modell Pongi funktionierte, sondern sie unterstreicht vielmehr, dass diese Firma eine Zukunft hatte und keinesfalls Gefahr lief, Pleite zu machen.

Comlan Prosper Deh
Ökumenischer Begleiter